

Ein Jahr nach der Flut

Land wehrt sich gegen Trittin

Streit um Hochwasser-Schutz – Sachsen-Anhalt lehnt Bundesgesetz ab – SPD ist dafür

Magdeburg/MZ/sre. Um den von Bundesumweltminister Jürgen Trittin (Grüne) vorgestellten Gesetzentwurf zum Hochwasserschutz ist in Sachsen-Anhalt ein heftiger Streit entbrannt. Umweltstaatssekretär Hermann Onko Aeikens nannte Trittins Vorstoß „kontraproduktiv“. Er sei zwar mediengerecht platziert worden. „Die Kompetenzen für den Hochwasserschutz liegen aber bei den Ländern.“ Mit diesen sei doch im Vorfeld nicht gesprochen worden. Trittin hatte angekündigt, dass die Länder innerhalb von drei Jahren Überschwemmungsgebiete ausweiten müssen. Außerdem gelten in den gefährdeten Gebieten bestimmte Auflagen und ein Stopp von Neubauten.

Aeikens warf Trittin nun vor, keine konkreten Finanzierungsvorschläge unterbreitet zu haben. Es sei einfach zu rufen, dass in Überschwemmungsgebieten Acker- und Grünflächenland umgewandelt werden müsse. Dann müsse den Bauern aber auch die Finanzierung erklärt werden.

Die SPD sowie der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) wiesen Aeikens Vorwürfe zurück. „Die Konzeption ist sehr wohl auf die Länder abgestimmt“, sagte die Hochwasserexpertin der SPD, Krimhild Fischer. Der BUND sprach von einem „Ausdruck kleinstaatlichen Denkens“. „Die Flut macht nicht an Landesgrenzen Halt“, so Ernst Paul Dörfler. Auch Dörfler will „attraktive Angebote“ für Bauern, damit sie gefährdetes Ackerland in Grünflächen umwandeln. Der Mensch habe allein der Elbe in den letzten 200 Jahren 85 Prozent ihres Raumes genommen, um seine Ernährung zu sichern. Das Land jetzt den Flüssen zurückzugeben, sei „folgerichtig.“ Der PDS-Parlamentarier Uwe Köck forderte ein Deichbaubeschleunigungsgesetz und die Vereinfachung wasserrechtlicher Genehmigungen.

Mitteldeutsche Zeitung, 12. August 2003